

Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 12. September 2016

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0410-IM/a/2016

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 9969/J betreffend "Europarechtliche Rechtsunsicherheiten beim Bank-Austria-Pensionsdeal", welche die Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen am 12. Juli 2016 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 6 der Anfrage:

Die Europäische Kommission (EK) hat diesbezüglich erstmalig Mitte Februar 2016 mit dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Kontakt aufgenommen. In enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat mein Ressort in mehreren Kommunikationsschritten zwischen März und Mai 2016 der EK die von ihr erbetenen Informationen zur Verfügung gestellt. Mit Dienststellens Schreiben vom 20. Juli 2016 hat die EK die Einstellung der Untersuchung bekanntgegeben. Damit hat die EK den Vorgang nicht als unerlaubte staatliche Beihilfe qualifiziert. Alle übrigen Fragen sind somit hypothetisch bzw. gegenstandslos.

Dr. Reinhold Mitterlehner

